

Niederschrift über die Sitzung
am 15.03.2007

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Frau Grünewald

Herr Helling

Herr Lux

Herr Werner

SPD-Fraktion

Frau Biermann

Herr Hamann

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Rees

Frau Dr. Schulze

BfB-Fraktion

Herr Schulze

FDP-Gruppe

Herr Sauer

Die Linke.PDS-Gruppe

Frau Schmidt

Von der Verwaltung

Entschuldigt fehlen

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 4 Abs. 5 GeschO):

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Gremien sowie die Vertreter der Polizei und der Bundespolizei. Er teilt mit, dass er sich im Vorfeld mit den Vorsitzenden der an dieser gemeinsamen Sitzung teilnehmenden Gremien dahingehend verständigt habe, dass die Sitzungsleitung von ihm übernommen werde. Die Schriftführung werde Herr Kricke übernehmen.

Herr Oberbürgermeister David stellt sodann die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses und die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 06.03.2007 fristgerecht zugegangen sei, fest. Die Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage (Sozial- und Gesundheitsausschuss), Herr Lux (Finanz- und Personalausschuss), Herr Fortmeier (Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss) und Herr Franz (Bezirksvertretung Mitte) verfahren für ihre Gremien entsprechend.

* Bezirksvertretung Mitte / Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss / Sozial- und Gesundheitsausschuss / Finanz- und Personalausschuss / Hauptausschuss - 15.03.2007 - öffentlich - vor Eintritt in die Tagesordnung *

-.-.-

Zu Punkt 1

Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich

Beratungsgrundlage:

Vorlage, Drucksache 3429

Unter Verweis auf die Vorlage erläutert Herr Kähler, dass durch zwei Elemente versucht werden sollte, die Situation im Umfeld des Bahnhofs- und Stadthallenbereichs zu verbessern. Zum einen sollen durch ein sozialpädagogisches Hilfesystem und den Ausbau vorhandener Angebote den Menschen der sogenannten Randgruppenbereiche Alternativen aufgezeigt werden. Das andere Element sei ein ordnungsrechtliches Interventionskonzept, das auf einer ordnungspartnerschaftlichen Vereinbarung basiere, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Bielefeld, der Stadtwache, der Bundespolizei und moBiel angehören würden.

Herr Borchartt führt aus Sicht der Polizei aus, dass es bereits in der Vergangenheit im Umfeld des Bahnhofs- und Stadthallenbereichs polizeiliche Maßnahmen sowie sozialpädagogische Angebote gegeben habe. Allerdings sei es nur in einer gemeinsamen Aktion aller beteiligten Institutionen möglich, die Situation in diesem Bereich entscheidend zu verbessern. Vornehmliches Ziel sei es, das Erscheinungsbild des Bahnhofs- und Stadthallenbereichs attraktiver und angenehmer zu gestalten, um dort letztendlich für mehr Sicherheit zu sorgen. Zur Zielerreichung sei es erforderlich, die sozialpädagogischen Angebote auszubauen und die Bereitschaft der entsprechenden Personengruppen zu erhöhen, diese Angebote auch anzunehmen. Parallel dazu werde die Polizei ihre Präsenz an dieser Stelle erhöhen. Herr Borchartt betont, dass die objektive Sicherheitslage in diesem Bereich zu keiner Zeit beunruhigend gewesen sei.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, der Geschäftsleute sowie der Besucherinnen und Besucher der Stadthalle sei jedoch durch die Situation zunehmend negativ beeinträchtigt worden. Er gehe davon aus, dass das gemeinsame Konzept greifen und sich die Lage in dem Bereich in einem Jahr positiver darstellen werde.

Herr Ridder-Wilkens (Die Linke.PDS) führt aus, dass durch die Hartz IV-Gesetze die Armut und damit die psychosoziale Verelendung in Deutschland zugenommen habe, was sich auch am Anwachsen der Szene im Bahnhofsumfeld zeige. Die Szene könne nicht für die wirtschaftlichen Verluste der Stadthalle verantwortlich gemacht werden, da die Stadthalle seit ihrer Inbetriebnahme ein Zuschussbetrieb gewesen sei. Die Linke.PDS unterstütze den Ausbau der sozialpädagogischen Konzepte, lehne jedoch das ordnungsrechtliche Interventionskonzept ab, da sie hierin eine Diskriminierung sehe. Von daher stellt er als Mitglied der Bezirksvertretung Mitte den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung ein Steuerungskonzept ohne ordnungspolitische Maßnahmen entwickle. Des Weiteren beantragt er, die erforderlichen Finanzmittel von 200.000 € für sozialpädagogische Konzepte einzusetzen.

Frau Rathsmann-Kronshage (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage einen - zwischen allen Beteiligten - abgestimmten Vorschlag darstelle, der zwei Komponenten beinhalte. Zum einen seien dies die sozialpädagogischen Hilfsangebote, zum anderen die ordnungspolitischen Aspekte. Ihre Fraktion befürworte ausdrücklich dieses Konzept, über dessen konkrete Ausgestaltung noch in den Fachausschüssen zu diskutieren sei.

Herr Franz lässt sodann für die Bezirksvertretung Mitte abstimmen.

Der Änderungsantrag von Herrn Ridder-Wilkens wird bei zwei Ja-Stimmen und elf Nein-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte beauftragt die Verwaltung das in der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 3429 dargestellte Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich bestehend aus sozialpädagogischen Hilfeangeboten und einem ordnungsrechtlich abgestimmten Interventionskonzept umzusetzen.**
- 2. Auf der Grundlage eines zu entwickelnden wirkungsorientierten Steuerungskonzeptes ist den beteiligten Fachausschüssen nach Ablauf eines Jahres zu berichten.**
- 3. Die erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung des Konzeptes werden in Höhe von jährlich maximal 200.000,- € bereitgestellt.**

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 2

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Herr Fortmeier bittet den Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung das in der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 3429 dargestellte Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich bestehend aus sozialpädagogischen Hilfeangeboten und einem ordnungsrechtlich abgestimmten Interventionskonzept umzusetzen.
2. Auf der Grundlage eines zu entwickelnden wirkungsorientierten Steuerungskonzeptes ist den beteiligten Fachausschüssen nach Ablauf eines Jahres zu berichten.
3. Die erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung des Konzeptes werden in Höhe von jährlich maximal 200.000,- € bereitgestellt.

- einstimmig beschlossen -

Frau Rathsmann-Kronshage lässt für den Sozial- und Gesundheitsausschuss abstimmen.

Beschluss:

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung das in der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 3429 dargestellte Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich bestehend aus sozialpädagogischen Hilfeangeboten und einem ordnungsrechtlich abgestimmten Interventionskonzept umzusetzen.
2. Auf der Grundlage eines zu entwickelnden wirkungsorientierten Steuerungskonzeptes ist den beteiligten Fachausschüssen nach Ablauf eines Jahres zu berichten.
3. Die erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung des Konzeptes werden in Höhe von jährlich maximal 200.000,- € bereitgestellt.

- einstimmig beschlossen -

Herr Lux bittet den Finanz- und Personalausschuss um Abstimmung. Frau Schmidt übernimmt für dieses Gremium den Antrag von Herrn Ridder-Wilkens.

Der Antrag der Partei Die Linke.PDS wird einstimmig abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Finanz- und Personalausschuss beauftragt die Verwaltung das in der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 3429 dargestellte Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich bestehend aus sozialpädagogischen Hilfeangeboten und einem ordnungsrechtlich abgestimmten Interventionskonzept umzusetzen.
2. Auf der Grundlage eines zu entwickelnden wirkungsorientierten Steuerungskonzeptes ist den beteiligten Fachausschüssen nach

Ablauf eines Jahres zu berichten.

- 3. Die erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung des Konzeptes werden in Höhe von jährlich maximal 200.000,- € bereitgestellt.**

- einstimmig beschlossen -

Sodann lässt Herr Oberbürgermeister David für den Hauptausschuss abstimmen.

Beschluss:

- 1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung das in der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 3429 dargestellte Konzept zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhofs- und Stadthallenbereich bestehend aus sozialpädagogischen Hilfeangeboten und einem ordnungsrechtlich abgestimmten Interventionskonzept umzusetzen.**
- 2. Auf der Grundlage eines zu entwickelnden wirkungsorientierten Steuerungskonzeptes ist den beteiligten Fachausschüssen nach Ablauf eines Jahres zu berichten.**
- 3. Die erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung des Konzeptes werden in Höhe von jährlich maximal 200.000,- € bereitgestellt.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

* Bezirksvertretung Mitte / Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss / Sozial- und Gesundheitsausschuss / Finanz- und Personalausschuss / Hauptausschuss - 15.03.2007 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache 2009/3429 *

-.-.-

Bielefeld, 15.03.2007

David
Oberbürgermeister

Rathsmann-Kronshage
Vorsitzende des Sozial- und
Gesundheitsausschusses

Fortmeier
Vorsitzender des Umwelt-
und Stadtentwicklungsaus-
schusses

Lux
Vorsitzender des Finanz- und
Personalausschusses

Franz
Bezirksvorsteher des
Stadtbezirks Mitte

Kricke
Schriftführer